

Vereintes Europa – Heimat und Aufgabe der Generationen

Folgerungen aus der demografischen Entwicklung / 2. ESU-Regionalkonferenz „Südost“

Wien (29./30. Mai 2008). Mit dem Thema „Die demografische Entwicklung in Europa und die Antworten von Politik und Wirtschaft“ haben die Organisatoren der 2. Regionalkonferenz „Südost“ der ESU - der Österreichische Seniorenbund (ÖSB) und einige Partner – eine gute Wahl getroffen.

Zehn Stunden lang nahmen Politiker, Diplomaten, Wissenschaftler und Ökonomen engagiert Stellung. Repräsentanten aus sechs Ländern der Region kamen zu Wort: Österreich als Gastgeber, Tschechien, Ungarn, Slowakei, Slowenien und erstmals Bulgarien; außerdem aus Deutschland sowie Griechenland, Italien und Schweden durch die Vizepräsidenten Maria Mantziafou-Kanellopoulou, Carlo Fatuzzo und Leif Hallberg.

Als Grundlage der tiefgründigen Behandlung des aktuellen, alle angehenden Themas diente ein wissenschaftlicher Vortrag der Gerontologin Prof. Dr. Ursula Lehr (D), den Generalsekretärin Ingeborg Uhlenbrock (D) für die Autorin vortrug.

Demografische Entwicklung

Frau Lehr stellt u.a. fest:

- Die (durchschnittliche) Lebenserwartung der Europäer wächst jährlich um 3 Monate. Betrag sie vor 100 Jahren 45 Jahre, so sind es jetzt über 80.
- Es wächst der Anteil der über 60- und über 80jährigen Personen; Deutschland rechnet 2020 mit mehr als einer Million über Hundertjähriger.
- Der Anteil der Geburten pro Frau geht seit 1950 in ganz Europa zurück – im Gegensatz zu Asien (außer Japan) und Afrika.
- Die Folgen: Zunahme kinderloser Frauen und von Single-Haushalten; fehlende Familienbindung, die zum Alleinsein im Alter und zu Defiziten bei der Pflege von Familienangehörigen führt.

Ingeborg Uhlenbrock kündigte zu dieser Problematik ein Positionspapier der Europäischen Volkspartei (EVP) an, an dem Vertreter der ESU mitgearbeitet haben. Wenn wir zu Recht fordern, „den gewonnenen Jahren mehr Leben zu geben“ (Zitat Lehr), dürften wir – die Seniorenverbände in allen 24 ESU-Mitgliedsländern – nicht nachlassen, von Politik und Wirtschaft die nötigen Voraussetzungen, also die „Rahmenbedingungen“, zu verlangen.

Europa stärken

Die ESU ist seit Jahren in diesem Sinne tätig, und so könne nun – so Präsident Dr. Worms – verstärktes Interesse der Presse für unsere Anliegen festgestellt werden. Das spreche für gewachsenes Ansehen und erhöhte Durchsetzungskraft. Gestützt auf die „Magna Charta“ von 2002, die Erklärung des VI. Kongresses von Pulheim 2007 und andere Positionspapiere der ESU (alle abrufbar auf der Website: www.eu-seniorunion.info) müsste in allen Generationen Europas das Verantwortungsbewusstsein für die gemeinsame Zukunftsgestaltung gestärkt werden. Das sei zugleich ein guter Beitrag für die Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009.

Mit der Nominierung ihres Generalsekretärs Heinz Becker als Kandidat für die Europawahlen hat der ÖSB jetzt bereits eine wichtige Entscheidung getroffen. Bundesobmann (Vorsitzender) Prof. Andreas Khol begründete diese Personalie vor der Konferenz u.a. damit,

dass 50 Prozent der Wähler im Seniorenalter sind, und diese brauchten einen leidenschaftlichen Fürsprecher.

Hannes Missethon, Generalsekretär der ÖVP, hob hervor: Trotz differenzierter sozialpolitischer Verhältnisse in den EU-Ländern (die in der Diskussion benannt wurden) sei „die Lebensqualität in Europa ohne Beispiel“. Euro-Skeptikern und Populisten müsse mit den besseren Argumenten begegnet werden. „Österreich hat durch die EU viel gewonnen“, stellte er fest.

Vizepräsidentin Dr. Marilies Flemming (A) verwahrte sich in diesem Zusammenhang gegen die von der Wiener „Kronzeitung“ tagaus tagein verbreiteten Märchen über die EU. Sie forderte ihre österreichischen Landsleute auf, solchen Meldungen und Kommentaren mit ihrer politischen Erfahrung aus zwei Kriegen und dem „Kalten Krieg“ entgegen zu treten.

Politisches Handeln

Politisches Handeln ist nach Auffassung mehrerer Redner gefragt, wo Lebensmittel- und Energiepreise ungebremst und womöglich auch unbegründet in die Höhe schnellen (Missethon) und die soziale Sicherheit im Alter nicht mehr gegeben ist. Redner aus der Slowakei, aus Ungarn und Bulgarien gaben dafür treffende und berührende Beispiele.

So erklärte Dr. Sc. Mikloško (Slowakei): „Wir haben sozialistische Renten, aber kapitalistische Preise.“ Nach Auffassung des Ungarn Zoltan Prenghy ist das Niveau der Renten in seinem Land „angesichts der Teuerungen eine riesengroße Belastung“. Die Bevölkerung und speziell die Senioren seien „den Weltmarktpreisen total ausgeliefert“. Eine in Vorbereitung befindliche unabhängige „Rentenkommission“ werde wohl aber infolge instabiler politischer Verhältnisse in Ungarn vorerst keine Anhebung der Bezüge erreichen. Die angespannte Lage ist nach den Worten von Andreas Pelle (Ungarn) auch durch die hohe Arbeitslosigkeit auf dem Land, durch viele Analphabeten unter den Kindern sowie Korruption und Steuerbetrug gekennzeichnet. Rezso Fuszek (Ungarn) fügte hinzu: „Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Wer Kinder hat, dem geht es schlechter.“ Die Bevölkerung Ungarns setze gewisse Hoffnungen auf einen Sieg der FIDESZ bei den vorgezogenen Parlamentswahlen. Selbst Botschaftsrat Ivan Kali erklärte, dass in Ungarn die Preise „höher und höher werden“.

Einen Eindruck von den sozialen Problemen Bulgariens vermittelte Botschaftssekretär Stefan Arandov. Ab Juli werden sich die Altersrenten zwischen 105 und 250 Euro bewegen. Zwischen Stadt und Land sei der soziale Unterschied beträchtlich. „98 Prozent der Landbevölkerung sind Rentner, der Rest ist über 55.“ Auf dem Dorf sei der Anteil der „Selbstversorger“ hoch. Viele Bulgaren hätten „die Systemveränderungen der 90er Jahre nicht geschafft.“ Arandov resümierte: „Bulgarien und die ältere Generation unseres Landes sind keine Gewinner der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen.“ Eine radikale Änderung der prekären Situation erfordere „sehr viel Geld“.

Angesichts dieser Schilderung des Diplomaten erscheint die Gründung der ersten politischen Seniorenvereinigung Bulgariens unter Vorsitz des ehemaligen Botschafters Nikolay Andreev im Mai d.J. als ein besonderes Zeichen der Hoffnung – und zugleich der Entschlossenheit zur politischen Mitgestaltung. Wie ihr Präsident erklärte, ist die „SGERB“ genannte Vereinigung in sieben Städten aktiv. Bis Jahresende werde sich ihre Mitgliederzahl voraussichtlich auf 5000 erhöht haben. Alle Kraft sei darauf gerichtet, die zeitgleich mit den Europawahlen am 7.6.2009 stattfindenden Wahlen zum nationalen Parlament „Narodno Zabranie“

(Volksversammlung) zum Erfolg zu führen. Das sei wichtig für ein blühendes Bulgarien und für Europa.

Gesellschaftliche Teilhabe unerlässlich

An die Politik richtet sich im Verlaufe der Wiener Konferenz auch die Forderung, Menschen im höheren Lebensalter und vor allem ihre politischen Vertretungen (die ESU-Mitgliedsverbände) am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Mit der Feststellung „Wir wollen nicht Objekt, sondern Subjekt der Politik sein“, bringt Prof. Dr. Konrad Weckerle, Vorsitzender der CSU-Senioren Union (Bayern), die Sache auf den Punkt. Und er fährt fort: „Wir lassen uns nicht auf seniorenspezifische Themen beschränken. Tendenzen eines „Jugendwahns“ Paroli bietend, fügt er hinzu: „Wir lassen uns nicht bevormunden von denen, die außer Kreissaal und Hörsaal von der Welt noch nichts gesehen haben.“ Weckerle schließt – für manche Zuhörer überraschend – mit dem Satz: „Wir arbeiten für eine menschengerechte Gesellschaft unter dem Blickpunkt der Generationengerechtigkeit.“

„Demografische Verheißung“

Unter dem Eindruck des Konferenzverlaufes wünscht sich der gastgebende ÖSB-Vorsitzende Khol (A) die Fortsetzung dieser Diskussionen in naher Zukunft. Unter dem Beifall der 50 Teilnehmer erklärt er im Haus der Politischen Akademie: „Es gibt keine demografische Gefahr, sondern eine Verheißung!“

Und auf eine kritische Bemerkung des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Herzog eingehend, stellt Khol fest: „**Hoffentlich** werden wir eine Seniorendemokratie!“ Zwar sei der Österreichische Seniorenrat als 5. Sozialpartner im Land anerkannt, aber vielfach werde noch immer die Altenpolitik mit „Almosenpolitik“ verwechselt. „Fordern Sie überall politische Mitbestimmung ein“, ruft er in den Saal, und „Lassen Sie kein gegenseitiges Auspielen der Generationen zu!“

Beispiele für verdeckte Diskriminierung gibt Vizepräsident Dr. jur. V. Roubal (CZ) zur Kenntnis. So wird Frauen, die sich der Pflege noch älterer Mitbürgerinnen zuwenden, eine materielle Anerkennung verwehrt, obwohl sie durch ihre Tätigkeit die Heime entlasten.

Kommunen und Wirtschaft in der Verantwortung

Neben der „großen“ Politik und den Kommunen – in Bezug auf Verkehrsverbindungen, behindertengerechte Zugänge und ähnliche, die Mobilität fördernde Schritte – ist die Wirtschaft aufgerufen, Antworten auf die immer älter werdende Gesellschaft und ihre Ansprüche zu geben. Das betrifft die Gestaltung von Produkten, ihre Gebrauchsfreundlichkeit und den Service. Frau Lehr nannte in ihrem Vortrag treffende Beispiele für Produkte, die – genau betrachtet – auch jüngere Jahrgänge oft vor Probleme stellen.

Dr. Krista Schüssel (A) äußerte sich zum Thema der Konferenz mit zahlreichen, dem Leben abgelauchten Details und Ansichten, die auch zum Schmunzeln anregten. Sie machen deutlich: Mit den Älteren, den im „Best Age“ stehenden Personen, ist überall zu rechnen. Sie sind für Tourismus, Kosmetik, Finanzdienstleister und Freizeitindustrie zum Wirtschaftsmotor geworden. Darauf stelle sich in Österreich die Werbung langsam ein. Das Thema „Alter“ sei in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Sie rief dazu auf, geistige Fitness mit lebenslangem Lernen zu verbinden. Die Phase der Vergesslichkeit nennt sie „Dings-Zeit“.

Frau Schüssel schließt mit der Feststellung: „Es kommt nicht darauf an, wie **alt** man wird, sondern: **Wie** man alt wird!“

Helmut Kritzinger, der mit 80 Jahren erst kürzlich Vorsitzender des österreichischen Bundesrates (2. Kammer des Parlaments) wurde, sprach sich für die stärkere Nutzung des Potentials Älterer im Berufsleben aus. Österreichs Wirtschaft – so Dr. Wolfgang Tritremmel (Industriellenverband) - habe von allen europäischen Ländern die wenigsten Älteren in Beschäftigung. Jetzt werden Schritte zur Umsteuerung gegangen, an der die Arbeitnehmer und Unternehmen beteiligt werden. Bis 2010 laufe ein entsprechendes Regierungsprogramm.

Tomi Huhtunen (A), Direktor im Zentrum für Europäische Studien, bescheinigte der ESU, „die führende Kraft beim Thema Demografischer Wandel“ zu sein. Sein Institut wolle in der ESU mitwirken, zumal die Politische Akademie der ÖVP, bei der die Konferenzteilnehmer zu Gast waren, als „Gründungsmutter des Zentrums“ gelte. Er rief die ESU auf, an der Erarbeitung eines Positionspapiers zum Thema „Integration der älteren Bevölkerung in den Arbeitsmarkt“ teilzunehmen.

Dr. Bernhard Fürst (A) ist ein scharfer Beobachter des „Wachstumsmarktes Alter“ und stellt fest:

- Die Produkt-Designer sind in der Regel junge Leute, denen die Vorstellungskraft für die Bedürfnisse Älterer und/oder Behinderter schwer falle.
- Die in Frage kommende Produktpalette reicht von Ansprüchen des sportlich Tätigen bis zum Schwerpflegebedürftigen.
- Viele Senioren lehnen besondere Produkte für ihr Lebensalter ab (fühlen sich zu jung), sind andererseits aber im Umgang mit moderner Technik (noch) unerfahren.

Daraus schließt er:

- In der Werbung (Medien) sollten Vertreter **aller** Generationen zu Wort kommen.
- „Seniorenanwälte“ in den Entwicklungsbetrieben und „Einführungskurse“ könnten hilfreich sein.
- Weniger auf seniorenspezifische Produkte aus sein, sondern vielmehr einen „universellen Gebrauch“ anstreben!

Die Diskussion zusammenfassend, erklärte ESU-Präsident Dr. Worms:

Die demografische Entwicklung ist Handlungsauftrag für alle Seniorenverbände vor Ort. Die Verantwortung beginne mit der Bebauungsplanung in den Städten, reicht über Erleichterungen im Alltag (Beseitigung von Stolpersteinen, bedarfsgerechte Toilettentüren u.a.m.) bis zur Partnerschaft mit dem produzierenden Gewerbe. **Alle** Generationen sind in den Blick zu nehmen! Mit Wien – so Worms – habe die zweite Phase der ESU-Entwicklung begonnen. Er lud alle ein, sie mit Wort und Tat zum Erfolg zu führen – für sich selbst, seine Familie und Umwelt, für Europa.

Ulrich Winz